

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 197/2007 (DDI)

Interpellation Fraktion FdP: Lohnarbeit statt Sozialhilfe – Massnahmen gegen die Sozialhilfefalle (12.12.2007)

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort vom 1. Mai 2007 auf die Interpellation der Fraktion FdP zur steigenden Kostenentwicklung in der Öffentlichen Sozialhilfe ausgeführt, dass sich der Kanton Solothurn in Bezug auf die Erfahrungen mit dem neuen Anreizsystem mit Einkommensfreibeträgen und Integrationszulagen einer Begutachtung (zu neudeutsch: «Peer-Review») durch die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) unterziehe; erste Ergebnisse seien auf Oktober 2007 zu erwarten. Mittlerweile liegt die Studie «Sozialhilfe, Steuern und Einkommen in der Schweiz», die im Auftrag der SKOS verfasst wurde, vor und zeigt auf, dass leider auch in unserem Kanton die sogenannte «Sozialhilfefalle» (NZZ, 16. August 2007) ihre Wirkung entfaltet. Beim Eintritt in die Sozialhilfe kommt es zu Schwelleneffekten, die zur Folge haben, dass ein Haushalt, der Sozialhilfeleistungen bezieht, über ein höheres frei verfügbares Einkommen verfügt, als ein solcher, dessen Einkommen knapp oberhalb der Berechtigungsgrenze für Sozialhilfe liegt. Damit wird einerseits das Prinzip der «horizontalen Gerechtigkeit» verletzt, das besagt, dass Haushalte mit ähnlichen Bruttolöhnen ähnlich frei verfügbare Einkommen haben sollten. Andererseits besteht für Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten und deren Einkommen knapp über der Anspruchsgrenze liegt, ein Anreiz, in die Sozialhilfe einzutreten.

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die erwähnte Studie der SKOS, besonders in ihren Aussagen zum Kanton Solothurn?
2. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die erwähnten Schwelleneffekte beim Eintritt in die Sozialhilfe so rasch als möglich beseitigt werden sollten? Wenn ja, welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen? Wenn nein, warum nicht?
3. Könnte der gewünschte Effekt (Beseitigung der Schwelleneffekte) durch eine Herabsetzung des Grundbedarfs erreicht werden? Wenn nein, warum nicht? Gibt es nach Ansicht des Regierungsrats noch andere Möglichkeiten um den gewünschten Effekt zu erreichen? Welche?
4. Welche Auswirkung hat die Steuertarifgestaltung auf die sogenannten Schwelleneffekte?
5. Drängen sich auf Grund der Ergebnisse der Studie weitere Massnahmen auf, die im Sozialhilfesystem des Kantons Solothurn ergriffen werden müssen? Wenn ja, welche?

Begründung (12.12.2007): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Remo Ankli, 2. Kaspar Sutter, 3. Christian Thalmann, Kurt Henzi, Ruedi Nützi, Markus Grütter, Alexander Kohli, Andreas Schibli, Beat Loosli, Ernst Zingg, François Scheidegger, Heinz Bucher, Rosmarie Heiniger, Enzo Cessotto, Reinhold Dörfliger, Verena Meyer, Philippe Arnet, Irene Froelicher, Andreas Eng, Andreas Gasche, Beat Käch, Peter Müller, Christina Meier, Robert Hess, Thomas Roppel, Beat Wildi, Annikäthi Schluep. (27)